

Beschl.-Nr. 6

STADT LANDSHUT

## Auszug aus der Sitzungs-Niederschrift

des Sozialausschusses vom 30.06.2014

Betreff: Betreuung der Flüchtlinge in den geplanten Übergangwohnheimen;  
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.04.2014,  
Ifd. Nr. 1327

Referent: I. V. Ltd. Rechtsdirektor Hans Schober

Von den 10 Mitgliedern waren 9 anwesend.

In öffentlicher Sitzung wurde auf Antrag des Referenten

einstimmig  
mit -- gegen -- Stimmen beschlossen:

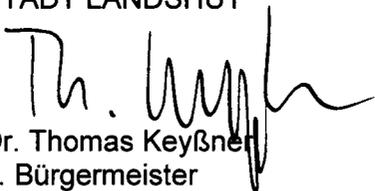
Vom Bericht des Referenten über die rechtlichen Zuständigkeiten sowie die vorhandenen lokalen Angebote im Bereich der Asylsozialberatung/Migrationsberatung (staatliche Aufgabe) wird Kenntnis genommen.

Bei einer weiteren Aufnahme von Asylbewerbern/Kontingentflüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften in Landshut wird der Freistaat Bayern aufgefordert, die bestehenden Angebote der Asylsozialberatung/Migrationsberatung bedarfsgerecht auszuweiten und zu stärken sowie die vollständige Finanzierung dieser Angebote sicherzustellen.

Der Sozialausschuss empfiehlt, die von der Stadt Landshut für diese Maßnahmen gewährten freiwilligen Zuschüsse weiterhin zu bewilligen und im Rahmen des finanziell Möglichen zusätzliche Mittel bereitzustellen.

Landshut, den 30.06.2014

STADT LANDSHUT

  
Dr. Thomas Keyßner  
2. Bürgermeister

160

4